

NS-Opfer

# Eins an jeder Ecke

**Streit um Denkmäler für Nazi-Opfer in Berlin: Sollen nur die Juden eins bekommen – oder auch die Zigeuner und die Homosexuellen?**

Als die Mauer noch Kommunismus und Kapitalismus trennte, mähten DDR-Grenzsoldaten hier eifrig ihren Todesstreifen. Inzwischen wuchern Brennesseln mannshoch auf dem Areal südlich des Brandenburger Tores. Zwischen Pariser und Potsdamer Platz findet sich eine der letzten Berliner Brachen.

Wenn sich allerdings die umtriebige Trauerarbeiterin Lea Rosh durchsetzt,

lege Wolfgang Nagel noch ein Denkmal: für die im NS-Staat vernichteten Roma und Sinti.

Wenn alles gelingt, wird das Brandenburger Tor – seit der Heimholung der DDR das nationale Symbol schlechthin – von Mahnmalen förmlich umzingelt. Für Rechte aller Couleur ein Horrorszenario: Das Zentrum des neuen und alten Regierungsviertels wäre von steinernen Schuldbekennnissen durchsäuert.

So kurz nach dem Erinnerungsmarathon und den vollmundigen Schuldbekennnissen zum 50. Jahrestag der Befreiung traut sich noch niemand so recht, die NS-Opfer zu brüskieren. Doch in der Berliner CDU regt sich immer heftiger Widerstand gegen das vielfältige Gedenken und Mahnen.

Gegen das Projekt der Journalistin Rosh opponierte lediglich der Landesausschuß der Jungen Union mit dem Slogan „Kein Juden-Denkmal am Potsdamer Platz“. Die Jungchristen blieben erfolglos.

Aussichtsreicher ist der Widerstand gegen das Zigeuner-Denkmal. Zwar

Reichsinnenminister Frick ließ Sinti und Roma in Baracken internieren, zwei Jahre später wurden sie zur Vernichtung in die KZ Oranienburg und Auschwitz deportiert. Als der NS-Staat 1945 kapitulierte, waren in ganz Europa rund 500 000 Zigeuner ermordet.

Sinti-Vorsitzender Rose erhob Protest gegen den neuen Standort. „In Marzahn verschwände es aus dem Weichbild und dem Bewußtsein der Stadt“, kritisiert auch der Kultursenator Roloff-Momin den CDU-Vorschlag. Für ihn offenbart diese Idee die „emotionalen Berührungspunkte“, die bis heute gegenüber den Zigeunern existieren.

Dieppen ist inzwischen wieder von Marzahn abgekommen. Doch sperrt er sich nach wie vor gegen den Standort im Regierungsviertel. „Um den Reichstag herum“, sagt er, „gibt es schon ein sehr starkes Nebeneinander von Gedenkstätten.“

Zuviel Erinnerung? Roloff-Momin stört die Anhäufung von Mahnmalen („Stein gewordene Aufklärung“) nicht: „Die Gefahr liegt nicht in der Vielfalt und Vielzahl von Mahnmalen“, urteilt der Kultursenator, „sondern im Vergessen.“

„Wir wollen nicht die ganze Stadt mit Mahnmalen überziehen“, hält der CDU-Abgeordnete Dieter Hapel gegen. „Wenn wir eins an jeder Ecke haben, artet das doch in Beliebigkeit aus.“

Vielen Christdemokraten war schon die Errichtung einer Spiegelwand, die seit Anfang dieses Monats im gutbürgerlichen Steglitz an die ermordeten jüdischen Mitbürger erinnert, zuviel des Guten. Die CDU des einzigen Berliner Bezirks, in dem die NSDAP 1932 das beste Berliner Ergebnis erzielte, leistete gemeinsam mit der FDP und den Reps so lange erbitterten Widerstand gegen die Spiegelwand, bis der SPD-Bausenator Nagel das Verfahren an sich zog und sie dem rechten Bezirksparlament oktroyierte.

Von einem Mahnmal für die im NS-Staat ermordeten Schwulen will auch Sozialdemokrat Nagel nichts wissen: „Das ist absurd“, erregt er sich. Juden, ebenso Sinti und Roma seien Opfer eines Genozids geworden, „nicht so die Homosexuellen“. Die Diskussion um ein Homo-Denkmal, fürchtet Nagel, „würde die beiden anderen Mahnmale wieder in Frage stellen“.

Dafür, daß jetzt die Vertreter von drei Opfergruppen jeweils ein eigenes



F. HENSEL

**Enthüllung der Holocaust-Gedenkwand in Steglitz: Erbitterter Widerstand**

wird sich auf dem Ödland bald eine zwei Fußballfelder große Platte aus Beton gen Osten erheben: das Denkmal für die ermordeten Juden Europas.

Auf der anderen Seite der Ebertstraße sprießt eine ökologisch korrekte Lang-Gras-Wiese. Wenn es freilich nach der „Initiative Schwulen-Denkmal“ geht, soll hier ebenfalls für die Erinnerung gebaut werden: ein Mahnmal für die Homosexuellen, die von den Nationalsozialisten ermordet wurden.

Nur 300 Meter gen Norden, unmittelbar am Reichstag, planen der parteilose Kultursenator Ulrich Roloff-Momin und sein sozialdemokratischer Bau-Kol-

legte hatte die SPD-Bürgermeisterin Christine Bergmann dem Chef des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, im vergangenen Herbst einen Standort zwischen Reichstag und Brandenburger Tor zugesichert. Aber unlängst scherte Eberhard Dieppen (CDU) aus.

Der Regierende Bürgermeister schlug vor, das Mahnmal nach Marzahn, an die östliche Peripherie der Hauptstadt, zu verlegen. Für den prestigearmen Standort bemühte Dieppen die Geschichte: In Marzahn errichteten die Nationalsozialisten 1936 ein Sammellager, um die Hauptstadt zur Olympiade „zigeunerfrei“ zu präsentieren.

Denkmal fordern, ist auch Lea Rosh verantwortlich. Sie streitet seit 1987 für ein Mahnmal, das ausschließlich an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus erinnern soll. Bevor Sinti-Chef Romani Rose sich um ein eigenes Denkmal bemühte, hatte er jahrelang für ein gemeinsames Projekt gekämpft.

Doch Rose wurde abgewiesen. „Wir wollen einfach verhindern, daß durch eine Pauschalisierung alles in einen Topf geworfen wird“, erklärte Roshs Gatte Jakob Schulze-Rohr 1989.

Als die Jury des Denkmals für die Juden Mitte März dieses Jahres tagte, bat Kultursenator Roloff-Momin das Gremium, sich mittels einer Resolution für ein Sinti- und Roma-Mahnmal einzusetzen. Daraufhin erklärte der Historiker und Rosh-Freund Eberhard Jäckel, daß man dann auch gleich ein Denkmal gegen das Killen der Wale fordern könnte.

„Ich unterstütze die Initiative für ein Roma- und Sinti-Mahnmal am Reichstag absolut“, sagt hingegen Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland. „Ich gehe davon aus, daß es kommen wird.“ Gegen ein gemeinsames Mahnmal ist freilich auch er.

Im Oktober 1993 hatte Bubis Rose nach Israel eingeladen, um mit ihm gemeinsam die Holocaust-Gedenkstätte Jad Waschem zu besuchen. Der Sinti verbreitete kurz zuvor eine Pressemitteilung, daß er mit Bubis eine „gestalterische Verbindung“ der Mahnmale vereinbart habe. Bubis dementierte und ließ, als Rose sich empörte, den Besuch platzen.

Nach dem Zerwürfnis verriet Bubis einem Reporter der israelischen Zeitung *Haaretz* den Grund seiner Ablehnung: „Wenn wir das gemeinsam mit den Zigeunern machen, dann kann dort kein Rabbiner Kaddisch sagen. Und was machen wir, wenn auch die Homosexuellen kommen und mit dabei sein wollen?“

Nun kommen sie. Albert Eckert, der Kulturpolitische Sprecher der Berliner Bündnisgrünen und einer der Initiatoren des Schwulen-Denkmals, sieht sich vom Exklusivitätsanspruch der Rosh-Initiative „unter Zugzwang gesetzt“.

Die Homosexuellen sind tatsächlich in großer Zahl Opfer der Nazis geworden. Schon unmittelbar nach der Machtgreifung lösten die Nationalsozialisten

sämtliche Homosexuellen-Organisationen auf und schlossen die einschlägigen Lokale.

„Die Verfolgung und Ermordung Schwuler erfolgte nicht mit dem gleichen Fanatismus und der unerbittlichen Systematik wie die ‚Endlösung der Judenfrage‘“, räumen Eckert und seine Mitstreiter in einer jetzt veröffentlichten Denkschrift ein. Die Nazis hielten schwule Arier zum Teil für umerziehbar. Mit Kastration, Hormonbehand-



**Mahnmal-Initiator Eckert:** „Unter Zugzwang“

lungen oder hirneingriffen versuchten Ärzte sie wieder in Hetero-Volksgenossen umzuwandeln.

Doch von den rund 50 000 Männern, die im NS-Staat nach dem Schwulen-Paragrafen 175 verurteilt wurden, kamen mehr als 10 000 in Konzentrationslager. Da die mit einem rosa Winkel auf der Jacke gezeichneten „175er“ in der Häftlingshierarchie ganz unten standen, haben nicht viel mehr als ein Drittel von ihnen den Terror in den Lagern überlebt.

Worauf Eckert und seine Mitstreiter besonders hinweisen: Im Gegensatz zu anderen Opfergruppen brachte der Mai 1945 für die Schwulen keine wirkliche Befreiung. Der Paragraph 175 galt weiterhin; für die überlebenden KZ-Häftlinge hatten beide deutschen Staaten weder eine materielle Entschädigung noch eine moralische Rehabilitierung übrig.

Auch 50 Jahre später haben Berliner Politiker Hemmungen im Umgang mit den Homosexuellen. Die konflikt-scheue SPD-Spitzenkandidatin und Sozialsenatorin Ingrid Stahmer kann sich in ihrem Vorwort zur Denkmalsdenkschrift nicht zu einer eindeutigen Unterstützung des Schwulen-Mahnmals durchringen.

Und auch Regierungschef Diepgen räumt ein, daß die Politiker der Hauptstadt sich im Gedenkjahr '95 bei der Frage, wer wo wessen gedenken soll, schwertun: „Derzeit herrscht ein heilloses Durcheinander.“ □